

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>1. Studien belegen, dass die meisten Verfahren im sogenannten Nutztierbereich eingestellt und wenn überhaupt nur Geldstrafen verhängt werden. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die eklatanten Defizite bei Gesetzgebung, Kontrollen und bei der Strafverfolgung von Tierschutzvergehen abzustellen?</p>	<p>Wir wollen, dass Vergehen gegen das Tierwohl konsequent geahndet und bestraft werden. Zum einen, weil Tieren kein unnötiges Leid angetan werden darf, zum anderen, weil wenige Negativbeispiele dem gesamten Berufstand der Landwirte schaden. Wir setzen uns daher für eine ausreichende personelle Besetzung beim Tierschutz- und Veterinärdienst ein, um mehr Kontrollen zu ermöglichen. Auch in der Justiz werden wir für mehr Personal sorgen, damit diese Vergehen auch Konsequenzen nach sich ziehen.</p>	<p>Der gerichtlichen Durchsetzbarkeit messen wir auch im Bereich des Tierschutzes von Nutztieren entscheidende Bedeutung zu. Bremen hat als erstes Bundesland 2007 ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine etabliert und dieses 2021 noch einmal ausgeweitet. Wir meinen: Nutztierhaltung muss am Tierwohl ausgerichtet sein und Tierschutz stärker im Fachrecht verankert werden. Bei der Umsetzung dieses Anspruchs setzen wir auch auf die Expertise der Landestierschutzbeauftragten, durch die seit August 2022 der Tierschutz in Bremen institutionalisiert werden konnte. Als SPD unterstützen wir einen artgerechten Umbau der Tierhaltung und begrüßen eine Anpassung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung auf Bundesebene. Rechts- und Vollzugslücken im Bereich des Tierschutzes müssen geschlossen werden. Dazu sollen Teile des Tierschutzrechts in das Strafrecht überführt und das maximale Strafmaß erhöht werden. Gleichzeitig bedarf es selbstredend auch konsequenter Überwachung durch die Kontrollbehörden.</p>	<p>Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die bestehende Gesetzgebung, notwendige Kontrollen und Strafverfolgung von Tierschutzvergehen zum Schutz der Tiere vollumfänglich und konsequent angewandt werden. Das erwarten wir auch ausdrücklich. Dort, wo es hierbei weiterhin Defizite gibt, gilt es diese zu beseitigen. Dazu gehört eine gute Ausstattung der Veterinärämter, die hinreichend viele unangekündigte Kontrollen ermöglicht, aber auch beispielsweise eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Tierschutz.</p>	<p>Uns Freien Demokraten sind die Probleme der fehlenden Durchsetzung der Gesetzgebung im Nutztierbereich bekannt. Die Gründe dafür sind vielfältig und leider historisch gewachsen. Um mehr Straftaten zu Gericht zu bringen, müssen die Beamten besser ausgestattet werden (sowohl personell als auch materiell), um eine effizientere Arbeit, aber auch mehr Kontrollen machen zu können. Selbiges gilt auch für die Gerichte mit ihren Richtern. Auch vorstellbar wäre den dazugehörigen Gesetzestext zu konkretisieren, da viele Tatbestände sehr ungenau beschrieben und die Grenzen von artgerechter Haltung zu Tierquälerei teilweise sehr indifferent sind. Wichtig ist, dass das geltendes Recht endlich stärker umgesetzt wird, weshalb auch Schulungen in dem Bereich sinnvoll sein könnten.</p>

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>2. Bremen hat 2021 das Klagerecht für Tierschutzvereine um die Anfechtungs- und Verpflichtungsklage erweitert. Plant Ihre Partei weitere Maßnahmen, um die Mitwirkungs- und Klagerechte von Tierschutzorganisationen in Bremen zu effektivieren?</p>	<p>Die Mitwirkungs- und Klagerechte von Tierschutzorganisationen zu effektivieren, hat in erster Linie das Ziel, den Schutz von Tieren zu verbessern. Genau das ist unser Anspruch. Durch die Stärkung der Mitwirkungs- und Klagerechte von Tierschutzorganisationen können diese besser in das rechtliche Geschehen eingreifen und somit dazu beitragen, dass Tiere besser geschützt werden. Wir werden weitere Maßnahmen prüfen, die mehr Tierwohl bedeuten.</p>	<p>Mit dem Verbandsklagerechts haben wir in Bremen bereits ein rechtliches Gleichgewicht zwischen Tierschutzverbänden und Tiernutzer*innen erreicht und insoweit für den Tierschutzbereich die Prämisse der klageweisen Geltendmachung nur eigener Rechte überwunden. Auch wenn Klagen von Tierschutzorganisationen zunächst immer nur rechtliche Wirkung für den konkreten Fall entfalten, ergibt sich daraus regelmäßig eine Signalwirkung. Wir begrüßen es, dass das Verbandsklagerecht auch die Mitwirkung der Verbände bei tierschutzrechtlichen Genehmigungs- und Erlaubnisverfahren fördert. So können Tierschutzargumente einbezogen und mögliche Klagen von vornherein vermieden werden.</p>	<p>Wir planen weitere Erweiterungen des Verbandsklagerechts. So sollen Tierversuche Teil des Verbandsklagerechts werden können, außerdem wollen wir die Klageberechtigung für alle Klagearten auf Vereine ausweiten, die bundesweit tätig sind, aber ihren Hauptsitz nicht in Bremen haben.</p>	<p>Wir Freie Demokraten halten die Möglichkeiten zur Verbandsklage in Bremen erstmal für ausreichend. Wie bei der ersten Frage deutlich wird, ist es allen voran wichtig, zunächst dafür zu sorgen, dass geltendes Recht endlich durchgesetzt wird.</p>

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>3. Um Rechts- und Vollzugslücken zu schließen, soll in diesem Jahr auf Bundesebene das Tierschutzgesetz überarbeitet werden. Außerdem sollen Teile des Tierschutzrechts in das Strafrecht überführt und das maximale Strafmaß erhöht werden. Wird Ihre Partei dies im Bundesrat unterstützen?</p>	<p>Ja</p>	<p>Alle Tiere haben ein Recht auf ein artgerechtes und leidfreies Leben. Der gesellschaftliche Wandel hin zu mehr Tierschutz muss mit gesetzlichen Vorgaben gelenkt werden. Als SPD begrüßen wir die Schließung von Rechts- und Vollzugslücken im Bereich des Tierschutzes und eine Überführung von Strafvorschriften des Tierschutzgesetzes in das StGB sowie eine Erhöhung des Strafrahmens. Wir werden uns deshalb auch auf Bundesebene hierfür einsetzen.</p>	<p>Ja, wir finden das richtig und werden dies unterstützen, soweit wir das im Rahmen unserer Möglichkeiten als Landespartei können. Auch auf Bundesebene setzen wir uns für erhebliche Verbesserungen im Tierschutzrecht ein.</p>	<p>Die Änderung des Tierschutzgesetzes sieht vor, dass bestehende Lücken geschlossen in der Nutztierhaltungsverordnung geschlossen werden. Dazu gehört die Konkretisierung der Qualzucht, die Reduzierung nicht-kurativer Eingriffe und die Beendigung der Anbindehaltung in spätestens zehn Jahren. Diese Ziele unterstützen wir grundsätzlich. Für eine finale Zustimmung bleibt aber der Gesetzesentwurf abzuwarten.</p>

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>4. Das globale Ernährungssystem ist für rund ein Drittel der gesamten Treibhausgase verantwortlich. Allein die Fleischproduktion macht 43 Prozent dieser Emissionen aus. Wissenschaftler:innen fordern u.a. den Abbau der Tierbestände. Was plant Ihre Partei, um diese in Bremen und bundesweit zu reduzieren?</p>	<p>Die CDU Bremen erkennt die Bedeutung des Ernährungssektors und der Landwirtschaft für die Erreichung der im Rahmen des Pariser Klimaabkommens vereinbarten Klimaziele an. Grundsätzlich sehen wir daher die Notwendigkeit, dass ein geringerer Konsum tierischer Lebensmittel auch mit der Reduktion der Tierbestände einhergeht. Diese sehen wir primär in der Intensivtierhaltung ohne Weidezugang sowie bei Importen, und nicht bei der für die Artenvielfalt wertvolleren Weidehaltung, wie sie im Land Bremen zu einem Großteil praktiziert wird. Neben der Übernahme einer besonderen Verantwortung für die Umwelt leistet die Bremer Landwirtschaft außerdem einen wichtigen positiven Beitrag zur Versorgung mit regionalen Lebensmitteln, als Arbeitgeber sowie als Naherholungsgebiet für Menschen. Daher setzen wir uns für eine vernünftige, nachhaltige und tragfähige Förderkulisse auf allen politischen Ebenen für die Landwirtschaft ein und wollen sie beim anstehenden Transformationsprozess gemeinsam unterstützen und nicht über die Köpfe hinweg bei Strukturveränderungen begleiten.</p>	<p>Wir möchten die Landwirt*innen in Bremen beim Umbau der Tierhaltung unterstützen und konkrete Anreize für Haltungsformen fördern, die auf mehr Tierwohl ausgerichtet sind. Durch die bloßen Reduktionen von Tieren würde nach unserer Auffassung die Fleischnachfrage nicht grundsätzlich sinken. Um Monokulturen und der Massentierhaltung entgegenzuwirken und z. B. die Weidehaltung im Land Bremen zu erhalten und weiterzuentwickeln, haben wir bereits 2021 die sogenannte Weideprämie eingeführt. Ziel ist es, besonders tiergerechte Haltungsverfahren im Hinblick auf eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion einzuführen bzw. beizubehalten, die Sicherung der natürlichen Produktionsgrundlagen, Tierschutz in der Nutztierhaltung und die Verbesserung der Biodiversität und des Insektenschutzes.</p>	<p>Wir fordern eine möglichst pflanzliche Ernährung im Sinne der Planetary Health Diet, wonach der Konsum tierischer Lebensmittel um mindestens drei Viertel sinken muss und damit auch die Tierbestände. Auf nationaler und europäischer Ebene gilt es, wirksame Instrumente zum Abbau der Tierbestände einzuführen, ob Moratorien für Stallbauten, eine Flächenbegrenzung, Produktionsquoten, Zertifikatesysteme oder Transformationsprogramme. Ziel ist dabei, vor allem die Landwirtschaft zu erhalten, die für die Umwelt und insbesondere die Biodiversität wichtige Beiträge leistet, wie im Bremer Blockland. Dazu tragen auch strenge Düngevorgaben für Stickstoff und Phosphor bei. Und es gilt, Alternativen zu fördern, wie die Vergütung von Kohlenstoffsenken wie Aufforstung oder Wiedervernässung von Mooren oder die Förderung von bio-veganer Landwirtschaft, etwa nach dem Standard des biozyklisch-veganen Anbaus. Auch auf Bundesebene sollten Grundlagenforschung an Produktalternativen tierischer Lebensmittel sowie Produktinnovationen gefördert werden.</p>	<p>Die Grundlage unserer Klimapolitik ist der Emissionshandel, welcher dem Ausstoß von CO2 einen Deckel gibt. Dieser wird von Jahr zu Jahr enger, weshalb sich auch die CO2-Emissionen von Jahr zu Jahr weiter reduzieren werden. Entsprechend groß ist der Anreiz möglichst emissionsfrei zu produzieren. Außerdem begrüßen wir den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft. Durch Digitalisierung und Automatisierung ist es möglich mehr Ertrag und Effizienz aus der Arbeit zu generieren. Des Weiteren sehen wir auch die Forschung an In-Vitro-Fleisch bzw. „Fleisch aus dem Reagenzglas“ als positiv und dazu führend, dass künftig weniger Tiere gehalten und konsumiert werden müssen.</p>

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>5. Um die Klimaziele zu erreichen, fordert u.a. der Weltklimarat eine drastische Reduktion des Fleischkonsums. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Konsum tierischer Produkte in Bremen und bundesweit zu reduzieren (z.B. Fleischsteuer, Klima-Abgabe oder Mehrwertsteuererhöhung)?</p>	<p>Bei der Verfolgung des Ziels, den Fleischkonsum zu reduzieren, setzen wir als CDU Bremen auf Maßnahmen, die auf bessere Rahmenbedingungen sowie mehr Aufklärung und Information von Bürgerinnen und Bürgern abzielen (Verhältnis- und Verhaltensprävention). Dabei wollen wir die Ernährungspolitik nicht nur ökologisch, sondern auch sozialverträglich und gesundheitsfördernd gestalten. Deshalb setzen wir uns für die Einhaltung der DGE-Standards in öffentlichen Mensen und Kantinen von der Krippe bis zum Seniorenheim ein. Fleischreduzierte Rezepturen spielen insbesondere in der Gemeinschaftsverpflegung eine wichtige Rolle. Pflanzliche Produkte sollten möglichst regional bezogen und stets ansprechend und wenn immer möglich auch kostengünstig angeboten werden. Um mehr Menschen für gesündere und nachhaltigere Ernährungsweisen zu sensibilisieren, setzen wir auf Ernährungs- und Klimabildung, die ein wichtiger Teil der zu entwickelnden Bremer Ernährungsstrategie fungieren soll. Dafür wollen wir zeitnah eine Vernetzungsstelle für die Gemeinschaftsverpflegung – möglichst für Kita, Schule und Senioren - einrichten, die neben den Koordinierungsaufgaben auch</p>	<p>Für uns ist klar: Klimaveränderungen, steigender Rohstoffverbrauch und die damit einhergehenden Umweltbelastungen machen es erforderlich, dass insbesondere die öffentliche Beschaffung auf das Konsumverhalten innerhalb der Gesellschaft einwirkt. Das bedeutet ein praktisches Umsteuern für alle Beteiligten im Wertschöpfungsprozess. In Bremen haben wir uns schon früh zum Ziel gesetzt, die ökologische Ernährungswende voranzutreiben und hierfür auch zusätzliche Haushaltsmittel wiederholt bereitgestellt. Um die Ernährungswende voranzutreiben, d. h. den Fleischkonsum zu senken und pflanzliche Ernährung zu fördern, haben wir z. B. als erste Stadt Deutschlands mit dem "Aktionsplan 2025. Gesunde Ernährung in der Stadtgemeinde Bremen" bereits im Februar 2018 beschlossen, u. a. die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde schrittweise durch die Einführung der Qualitätsstandards der DGE und die stufenweise Erhöhung des Bioanteils tierischer und pflanzlicher Produkte auf 100 Prozent zu steigern: weg von industriell hochverarbeiteten Lebensmitteln und hin zu naturbelassenen Produkten.</p>	<p>Wir wollen öffentliche Mensen und Kantinen zu Vorbildern machen. Im Land Bremen werden im Rahmen des Aktionsplans 2025 bereits in vielen Mensen und Kantinen die DGE-Standards angewandt und damit die Angebote tierischer Lebensmittel reduziert. Diese Standards sollen gem. dem Beschluss der Klima-Enquetekommission, bei tierischen Lebensmitteln die „unteren Bandbreitenwerte“ anzuwenden, geändert werden. Das bedeutet z. B. in den meisten Fällen, dass kein Fleisch mehr angeboten wird (Bandbreite ist 0 bis 1 Mal pro Woche). Pflanzliche Angebote sollen aus unserer Sicht Standard sein. Auch bundesweit setzen wir uns für eine Ernährungswende ein. Tierische Lebensmittel sollten nicht länger durch den reduzierten Mehrwertsteuersatz subventioniert werden, stattdessen müssen die Klima- und Umweltfolgekosten eingepreist werden. Dafür sollten klimafreundliche und gesunde Lebensmittel vergünstigt werden. Pflanzliche Produktalternativen zu tierischen Lebensmitteln und ihre Entwicklung sollten auch auf nationaler und europäischer Ebene gefördert werden.</p>	<p>Durch den Emissionshandel bekommt CO₂-Ausstoß einen Preis, der in der Herstellung emissionshaltige Lebensmittel, teurer macht. Außerdem setzen wir verstärkt auf Aufklärung. Diese soll niedrigschwellig in Schulen, aber auch an anderen Orten stattfinden, damit Menschen jeden Alters, Herkunft und Sozialisierung die Möglichkeit haben, selbstbestimmt über ihr Konsumverhalten zu entscheiden. Auch Label wie beispielsweise das Tierwohllabel sorgen für mehr Transparenz und damit für eine bessere Entscheidungsgrundlage.</p>

	<p>mit Bildungsangeboten im Bereich Ernährung betraut werden soll. Auf Bundesebene ist uns u.a. die Transparenz bei der Kennzeichnung tierischer Inhaltsstoffe sowie der Haltungs- und Herkunftskennzeichnung wichtig, um den Konsumenten eine Kaufentscheidung zu erleichtern.</p>			
--	---	--	--	--

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>6. Mit Eiweißpflanzen können dreimal so viel Nahrungsmittel erzeugt werden wie auf tierischer Basis. Was plant Ihre Partei, um Produktion und Konsum von pflanzlichen Nahrungsmitteln zu steigern (z.B. Ernährungsstrategie, Einsatz für Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Bundesebene)?</p>	<p>Die Fragen 6 und 7 werden zusammen wie folgt beantwortet: Auf Produktionsebene setzen wir als CDU Bremen auf eine starke Innovations- und Gründungsförderung unter anderem im Bereich New Food Technology in Bremen und Bremerhaven. Auch insgesamt wollen wir die norddeutsche Lebensmittelindustrie angesichts zahlreicher Herausforderungen, wie etwa Fachkräftesicherung, Nachhaltigkeit und Innovationsdruck stärken. Daher werden wir einen Dialog über eine „Norddeutsche Strategie für die nachhaltige Ernährungswirtschaft“ mit allen relevanten Akteuren anstoßen. Themen wie Forschung und Entwicklung, Klima- und Umweltschutz sowie Technologietransfer sehen wir dabei als ihren Bestandteil. Diese soll mit einer zu entwickelnden Bremer Ernährungsstrategie - die unter anderem Fragen einer klimafreundlichen Gemeinschaftsverpflegung, der Ernährungsbildung, der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand adressiert – eng verzahnt werden.</p>	<p>Um einen strukturellen Wandel des Ernährungssystems herbeizuführen, braucht es intensive Bildungsanstrengungen gepaart mit konkreten Handlungsanleitungen. Diese Kompetenzen sollen in Bremen u. a. auch durch das Forum für Küche im Wandel vermittelt werden, um allen Menschen eine gesunde und ökologische Ernährung zu ermöglichen. Entsprechend haben wir den Aufbau eines Kompetenzzentrums für nachhaltige Ernährung als ergänzende Maßnahme mit zusätzlichen Mitteln auf den Weg gebracht und damit die auch mit dem Klimaschutzaktionsplan beschlossene Ernährungswende finanziell weiter abgesichert. Darüber hinaus hat Bremen mit einer eigenen Förderrichtlinie unlängst weitere Anreize geschaffen, um die Anzahl der Bio-Lebensmittel weiter zu erhöhen. Um den Absatz von Bio-Lebensmitteln und vor allem auch von pflanzlichen Produkten weiter zu erhöhen, sollen hierbei auch solche AHV-Einrichtungen mit einer "Öko-Umstellungspauschale Ernährungswirtschaft" gefördert werden, die nicht zur Teilnahme am Öko-Kontrollverfahren verpflichtet sind.</p>	<p>Siehe hierzu auch Antwort auf Frage 5. Darüber hinaus sollte die pflanzliche Ernährung in den Ernährungsempfehlungen einen größeren Stellenwert erhalten. Um eine klimagerechte Ernährung zu gewährleisten, sollte die „Planetary Health Diet“ Grundlage der Ernährungspolitik sein. Eine breit angelegte öffentliche Kampagne soll über die Vorteile pflanzlicher Ernährung, die Folgen der Tierhaltung für Umwelt, Klima, Gesundheit und Tiere sowie über klimakompatible Ernährungsweisen aufklären. Kochen ohne Tierprodukte muss zum Standard werden, auch in Gastronomiebetrieben und der Gemeinschaftsverpflegung. Dazu müssen nicht nur auf Bundesebene die Regeln der Ausbildung von Köch*innen geändert werden, in denen Fleisch heute noch obligatorisch ist.</p>	<p>Eiweißpflanzen können einen noch wichtigeren Teil zur Ernährungslage in Zukunft beisteuern. Durch die Einsparung von Nitratdüngern bringen sie auch für Umwelt- und Klimaschutz Vorteile. Die Stärkung von Eiweißpflanzen ist daher essentiell, weshalb die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode die Eiweißpflanzenstrategie weiterentwickeln möchte. Dies ist ein wichtiger Schritt, um pflanzliche Alternativen zu stärken.</p>

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>7. Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung hat am 3.März einen Bericht zur zellkulturbasierten Fleischproduktion veröffentlicht. Dieser attestiert der zellulären Landwirtschaft das Potenzial, Umwelt, Klima und Gesundheit zu schützen. Planen Sie Fördermaßnahmen in diesem Bereich?</p>	<p>Die Fragen 6 und 7 werden zusammen wie folgt beantwortet: Auf Produktionsebene setzen wir als CDU Bremen auf eine starke Innovations- und Gründungsförderung unter anderem im Bereich New Food Technology in Bremen und Bremerhaven. Auch insgesamt wollen wir die norddeutsche Lebensmittelindustrie angesichts zahlreicher Herausforderungen, wie etwa Fachkräftesicherung, Nachhaltigkeit und Innovationsdruck stärken. Daher werden wir einen Dialog über eine „Norddeutsche Strategie für die nachhaltige Ernährungswirtschaft“ mit allen relevanten Akteuren anstoßen. Themen wie Forschung und Entwicklung, Klima- und Umweltschutz sowie Technologietransfer sehen wir dabei als ihren Bestandteil. Diese soll mit einer zu entwickelnden Bremer Ernährungsstrategie - die unter anderem Fragen einer klimafreundlichen Gemeinschaftsverpflegung, der Ernährungsbildung, der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand adressiert – eng verzahnt werden.</p>	<p>Die zelluläre Landwirtschaft wird zunehmend im Kontext einer ökologisch orientierten Transformation des Ernährungssystems diskutiert. Für die SPD stellt die zelluläre Landwirtschaft, insbesondere eine zellkulturbasierte Fleischproduktion, eine vielversprechende Möglichkeit dar, unser Ernährungssystem nachhaltiger zu gestalten. Wir möchten die Transformation unseres Ernährungssystems auch zukünftig weiter vorantreiben und prüfen etwaige Fördermaßnahmen im Bedarfsfall.</p>	<p>Bremen ist wichtiger Standort der Lebensmittelindustrie, einer Branche, die gerade in starker Bewegung ist, insbesondere mit Blick auf Alternativen zu Fleisch, Fisch und anderen tierischen Nahrungsmitteln. Diese positive Entwicklung auch Bremer Unternehmen (beispielsweise mit dem Projekt „Clean Fish – Alternative Lebensmittel aus der Zellkultur“) sollte unterstützt werden. Bremen sollte gezielt innovative Betriebe und die Entwicklung und Markteinführung pflanzlicher Lebensmittel fördern. Das gilt auch für Produkte der „zellulären Landwirtschaft“. So entstehen nicht nur Vorteile für Klimaschutz, Tiere und Pandemieprävention, sondern vielfach auch neue wirtschaftliche Chancen in der Nahrungsmittelwirtschaft. Diese Aspekte sollten daher im Innovationscluster Nahrungsmittelwirtschaft mit Food Academy und Food Hub eine zentrale Rolle spielen. Das ist besonders für die fischverarbeitende Industrie in Bremerhaven wichtig, um zukunftsfähige Märkte zu erschließen. Wir holen damit außerdem die Expertise der Wissenschaft im Land Bremen mit ins Boot für die Transformation.</p>	<p>Wir begrüßen die zellkulturbasierte Fleischproduktion sowie die Möglichkeiten der „grünen“ Gentechnik. Uns ist es daher ein Anliegen, dass zunächst aktuelle und wissenschaftlich basierte Zulassungskriterien festgelegt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für die zügige Zulassung von In-Vitro-Fleisch in der EU ein.</p>

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>8. Immer mehr Landwirt:innen wollen aus der Tierhaltung aussteigen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um sie dabei in Bremen und bundesweit zu unterstützen (Umstiegs- und Anbauförderungen, Beratungs- und Weiterbildungsangebote, Forschungsförderung für tierlose Anbausysteme)?</p>	<p>Die Böden in Bremen eignen sich kaum zum Ackerbau, wodurch es nur wenige Alternativen zur Milchviehhaltung gibt. Die Entscheidung über die betriebliche Zukunft liegt bei jedem Landwirt/jeder Landwirtin. Förder- und Weiterbildungsmaßnahmen für eine betriebliche Perspektive sind stets zu begrüßen. Uns ist wichtig, die vielen familiär geführten Betriebe in Bremen zu erhalten, denn die Landwirte sind das Fundament der dörflichen Strukturen am Rande unserer Hansestadt. Darüber hinaus kümmern sich die Landwirte ganz überwiegend um den grünen Ring, der vielen Bremerinnen und Bremern als Naherholungsgebiet dient und einen wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt im Land Bremen leistet. Bei jeglichen Umstiegsplänen steht daher für uns im Mittelpunkt, dass ein Höfesterben verhindert wird. Die Idee die Landwirtschaft durch moderne Forschung nachhaltiger und effizienter zu machen, unterstützen wir in vollem Umfang.</p>	<p>Wir möchten die Landwirt*innen in ihrer Tätigkeit so unterstützen, dass sie in die Lage versetzt werden, ihre Einkommensgrundlage auszubauen und gleichzeitig die Ansprüche der Verbraucher*innen erfüllen zu können. Wir wollen eine in die ländlich geprägten Teile Bremens eingebundene, nachhaltige und ressourcenschonende Landwirtschaft. Sie soll artgerechte Tierhaltung, Maßnahmen zum Klima- und Gewässerschutz ebenso unterstützen wie den Ökolandbau, tierlose Anbausysteme sowie die Anwendung von modernen Produktionsverfahren, die dem Erhalt der Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft dienen. Darüber hinaus setzen wir uns für attraktive Beratungs- und Weiterbildungsangebote ein, die die Landwirt*innen in ihren individuellen Bedarfen unterstützen.</p>	<p>Häufig leiden Landwirt*innen selbst unter den Bedingungen, die Preisdruck, Konkurrenz, Konzernmacht, Gesetzgebung und Vollzugsprobleme bewirken, zu einem „Wachsen und weiche“ auf Kosten der Tiere führen und die Landwirt*innen schließlich zu den Sündenböcken dieses Systems machen. Wir wollen ihnen Perspektiven geben für wirtschaftliche Betätigung und Landwirtschaft auch ohne Tierleid. Dazu gehört auch gezielte Förderung.</p>	<p>Aktuell planen wir keine Aussteigerprogramme für Landwirte.</p>

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>9. Die Bundesregierung plant eine Reduktionsstrategie für Tierversuche. 2021 forderten 97% der EU-Abgeordneten, einen Ausstiegsplan zu erarbeiten, ebenso wie 1,2 Mio. EU-Bürgerinnen im 2022. Welche Maßnahmen planen Sie, um Tierversuche in Bremen und auf Bundesebene zu reduzieren bzw. den Ausstieg einzuleiten?</p>	<p>Die Fragen 9 und 10 werden zusammen wie folgt beantwortet: Die CDU Bremen unterstützt das Ziel, die Zahl der genutzten Tiere in Forschung und Lehre auf ein Minimum zu reduzieren sowie dort, wo möglich, alternative Methoden zu nutzen. Dafür werden wir die Forschung nach dem 3R-Prinzip - Replace (Vermeiden), Reduce (Verringern) und Refine (Verbessern) stärken. Auch werden wir prüfen, inwiefern ein Forschungspreis des Landes Bremen zu Alternativen zu Tierversuchen nach dem Berliner Vorbild zu etablieren wäre. Bei den Tierversuchen an Affen an der Universität Bremen setzt sich die CDU Bremen für den Ausstieg ein.</p>	<p>Die SPD nimmt das Staatsziel Tierschutz ernst. Wir begrüßen tierversuchsfreie Alternativmethoden und eine Reduzierung von Tierversuchen. Obwohl dies vor allem auf Bundesebene umzusetzen ist, sehen wir uns dem auch in Bremen verpflichtet. Wissenschaftsfreiheit, die auch für die Methodenwahl in Forschung und Lehre gilt, muss dabei mit dem verfassungsrechtlichen Schutzziel im Tierschutz in Einklang gebracht werden. Ein wichtiger Schritt ist hier die 3R-Forschung. Lt. § 8 des Bremischen Hochschulgesetzes fördern die Hochschulen die Entwicklung von Methoden und Materialien, die die Verwendung von lebenden und eigens hierfür getöteten Tieren verringern bzw. ersetzen können. Im Rahmen der Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes haben wir gerade erst nicht nur eine jährliche Berichtspflicht der Hochschulen über die hier erzielten Fortschritte an die Senatorin für Wissenschaft und Häfen erstmals zum 31. März 2023 verankert, sondern auch die Regelungen zum Tierschutz weiter geschärft.</p>	<p>Tierschutz ist für uns kein Lippenbekenntnis. Als Landespartei setzen wir uns sehr dafür ein, dass es im Land Bremen keine Tierversuche mehr gibt. Soweit es Initiativen auf Bundes- bzw. EU-Ebene mit dem Ziel eines konkreten Ausstiegsplans aus Tierversuchen gibt, unterstützen wir diese gerne. Es wird Zeit, dass sich auch in Bremen die Forschung auf den Weg macht in eine tierversuchsfreie Zukunft und sich von der Idee verabschiedet, nur mit dem operativen Einpflanzen von Elektroden in Makaken-Gehirne könnten neue Erkenntnisse über menschliche Hirnfunktionen gewonnen werden. Wir haben außerdem das Hochschulgesetz novelliert, um Tierverbrauch insbesondere in der Lehre zu reduzieren. Tierversuche müssen künftig deutlich besser begründet werden, wenn es Alternativen gibt, sind sie verboten. Außerdem muss dokumentiert werden, wie an der Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen gearbeitet wird. Schließlich wurde beschlossen, Tierversuchskommissionen zukünftig paritätisch mit Vertreter*innen auf Vorschlag von Tierschutzvereinen zu besetzen.</p>	<p>Zu Fragen 9 & 10: Wir sehen Tierversuche in der Forschung als unverzichtbar. Nichtsdestotrotz sind Tierversuche auf das absolut notwendige Maß zu beschränken und nur dann verantwortbar, wenn es keine Alternativen gibt. Wir stehen als Partei hinter der 3R-Methode und begrüßen alternative Forschungsmethoden, die dazu führen, dass Tierversuche entweder reduziert oder bestenfalls komplett vermieden oder, dass die Schmerzen der Tiere minimiert werden.</p>

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>10. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die tierversuchsfreie Forschung in Bremen zu fördern (z.B. Reduktionsziele definieren, Forschungsprojekte fördern, Stabsstelle „Tierversuchsfreie Forschung“ einrichten, mehr Lehrgänge zu tierversuchsfreien Verfahren anbieten)?</p>	<p>Die Fragen 9 und 10 werden zusammen wie folgt beantwortet: Die CDU Bremen unterstützt das Ziel, die Zahl der genutzten Tiere in Forschung und Lehre auf ein Minimum zu reduzieren sowie dort, wo möglich, alternative Methoden zu nutzen. Dafür werden wir die Forschung nach dem 3R-Prinzip - Replace (Vermeiden), Reduce (Verringern) und Refine (Verbessern) stärken. Auch werden wir prüfen, inwiefern ein Forschungspreis des Landes Bremen zu Alternativen zu Tierversuchen nach dem Berliner Vorbild zu etablieren wäre. Bei den Tierversuchen an Affen an der Universität Bremen setzt sich die CDU Bremen für den Ausstieg ein.</p>	<p>Die Vorbehalte in der SPD gegen die an der Bremer Universität durchgeführten Affenversuche sind hinlänglich bekannt. Der Spielraum, den ein Landesparlament bzw. eine Landesregierung hier hat, ist aber ausgesprochen klein. Die Gesundheitsbehörde war zuletzt per Gerichtsbeschluss gezwungen, einen Antrag auf weitere Fortsetzung der Affenversuche zu genehmigen. Im Rahmen der Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes haben wir uns dafür eingesetzt, die Regelungen zum Tierschutz zu schärfen.</p>	<p>Siehe auch Antwort auf Frage 9. Wir versprechen uns auch von der neu geschaffenen Stelle der Landestierschutzbeauftragten eine Unterstützung dieser Arbeit. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten auf Landesebene ausschöpfen, den vollständigen Ausstieg aus Tierversuchen zu erreichen. Dem sind durch die im Grundgesetz verankerte Forschungsfreiheit Grenzen gesetzt.</p>	<p>Zu Fragen 9 & 10: Wir sehen Tierversuche in der Forschung als unverzichtbar. Nichtsdestotrotz sind Tierversuche auf das absolut notwendige Maß zu beschränken und nur dann verantwortbar, wenn es keine Alternativen gibt. Wir stehen als Partei hinter der 3R-Methode und begrüßen alternative Forschungsmethoden, die dazu führen, dass Tierversuche entweder reduziert oder bestenfalls komplett vermieden oder, dass die Schmerzen der Tiere minimiert werden.</p>